

SED propagiert Klassenjustiz

Vorschau auf 1956: Keine Versprechungen, nur Drohungen

Bisher hat die SED an jeden Jahresbeginn eine Reihe mehr oder weniger ernst gemeinter Versprechungen gestellt. Sie bezogen sich entweder auf die Festigung des „Neuen Kurses“, auf die materielle Besserstellung der Bevölkerung oder auf fiktive Erklärungen zur Wiedervereinigung. An dieser Jahreswende aber hat sie nichts zu versprechen. Ein Fünfjahrplan ist zu Ende gegangen, ohne daß seine Hauptvoraussagen — unter anderem die Aufhebung der Rationierung — eingetroffen sind. Die Wiedervereinigung wird von der SED für 1956 nicht zur Diskussion gestellt. Der „Neue Kurs“ aber, Ausdruck der vorgeblichen Entradikalisierung des Zonensystems, wurde noch kurz vor Jahreschluß in Leipzig mit einem politischen Paukenschlag begraben.

Am 17. und 18. Dezember tagten in Leipzig die Justizorgane der Zone, um die neuen Aufgaben von Gericht und Staatsanwaltschaft zu beraten. Justizminister Hilde Benjamin legte die Aufgaben der Justiz „in der Phase der Errichtung des Sozialismus“ fest. In diesen Tagen nun werden an allen Gerichten der Sowjetzone die Konsequenzen aus der Leipziger Konferenz gezogen: Staatsanwälte, Richter und Schöffen verpflichten sich, künftig eine „Klassenjustiz“ zu üben, den Kreis der „Staatsverbrechen“ größer zu ziehen und diese unabhängig vom bürgerlichen Strafrecht zu ahnden.

Nichts wäre passender, die politische Machtsituation der SED zu Jahresbeginn zu beleuchten, als unter dem Aspekt dieser wohl einmaligen Justizreform. Der Umfang des angewandten Terrors ist stets ein Kriterium für den politischen Wert eines Regimes. Hier offenbart sich 1. was die SED für das kommende Jahr plant, und 2. mit welchem innerpolitischen Widerstand die SED bei Durchsetzung ihrer Pläne rechnet.

Die in Leipzig festgelegte „Justizreform“ besagt:

1. Der Begriff „Staatsverbrechen“ ist künftig auf alle Fälle anzuwenden, die auf eine „mög-

liche Sabotage- oder Diversionstätigkeit“ schließen lassen. Es wird dem in Produktion, Handel oder Verwaltung tätigen Zonenbewohner danach kaum noch gelingen, menschliches Versagen oder Planungsfehler als solche gelten zu lassen. „Staatsverbrechen“ aber werden künftig ohne Heranziehung der normalen Strafgesetzsätze und ohne Bewertung des angerichteten Schadens (im Minimalfalle) geahndet. Betriebsabotage kann nur noch mit Zuchthaus abgegolten werden.

2. Die Flucht nach dem Westen ist in jedem Falle strafwürdig. Die „Abwerbung“, das heißt, die Aufforderung oder Unterstützung der Zonenflucht gilt als zuchthauswürdiges Staatsverbrechen. Als Abschreckung wurden bereits Bürger, die Freunde und Kollegen vor drohender Verhaftung gewarnt und zur Flucht nach dem Westen „angestiftet“ hatten, mit sechs bis acht Jahren Zuchthaus bestraft!

3. Jede politische Diffamierung der SED und ihres Staatsapparates gilt künftig als Staatsverbrechen. Die Beleidigung eines SED-Funktionärs ist keine persönliche Beleidigung mehr, sondern „Boykott-hetze“. Jede gegen das Regime gerichtete politische Äußerung

kann unter dem Begriff des Staatsverbrechens abgeurteilt werden.

4. Der „Klassenkampf auf dem Lande“ bedingt die Einbeziehung aller gegen die „neue Ordnung der Landwirtschaft“ gerichteten Handlungen unter die Kategorie des Staatsverbrechens. Die SED-Funktionäre auf dem Lande haben künftig den Status offizieller Regierungsbeauftragter!

5. Die Staatsanwaltschaften übernehmen die „allgemeine Dienstaufsicht“ über die Sowjetzone. Das heißt, daß es künftig keine Disziplinarregelungen in Betrieben oder Dienststellen geben wird, ohne daß die Staatsanwaltschaft herangezogen wird.

Bis heute gelten in der Zone im wesentlichen noch jene bürgerlichen Gesetze, die nicht einmal der Nationalsozialismus außer Kraft zu setzen vermochte. Die Summe der in Leipzig ausgegebenen Richtlinien setzt diese Gesetze außer Kraft. Das Gesetz wird damit endgültig zum Parteiinstrument. Viele Juristen haben in der Zone dafür büßen müssen, daß sie die Bevölkerung kraft eines Gesetzesparagrafen gegen die Willkür der SED zu schützen suchten. Das wird künftig keinem Juristen mehr möglich sein.

Bei allem, was für das kommende Jahr noch geplant und beschlossen wird, soll diese Grundtendenz nicht vergessen werden. Die SED hat diesmal nichts versprochen! Sie hat nur in bisher nicht gekannter Form gegen jede oppositionelle Regung gedroht und sich die machtmäßigen Vollmachten gesichert für etwas, das sie bis zur nächsten Zerreißprobe durchexperimentieren wird.

Brücken in die Zukunft

DT. Am Schluß des Jahres gehen unsere Gedanken weiter als sonst in die Vergangenheit zurück. Es sind dann oft die ersten Bilder des Lebens überhaupt, die wieder wach werden, und sie erwecken noch nach Jahrzehnten ein Wohlgefühl der Geborgenheit. Dann aber kommen für die meisten von uns auch Erinnerungen an die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr, die wir wegen des ungeheuren Kontrastes, der ihr Merkmal war, nicht aus dem Gedächtnis verlieren werden: an den Fronten zweier Kriege, in Gefangenschaft, in dem Bombenhagel und den frischen Ruinen der Heimat, auf der Flucht. Dann wieder sehen wir die aufsteigende Kurve neuen Lebens: in der Armut eines Friedens, der zwar kalter Krieg, aber doch eine seelische Entspannung gegenüber den Jahren der Zerstörung war. Es folgen die Jahre des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, von den plötzlich wieder gefüllten Schaufenstern bis zur heutigen Konjunktur unserer im Neonlicht strahlenden westdeutschen und Westberliner Geschäftsstraßen.

Das ungefähr ist die Summe unseres Lebens während der letzten vierzig Jahre. Wie niemals zuvor in der deutschen Geschichte sind wir in dieser Zeit zwischen den äußersten Kontrasten menschlichen Daseins hin- und hergeworfen worden, von Schicksal und Schuld getrieben und gesunden. Es ist fast ein Wunder, daß wir das alles erlebt, erlitten und ertragen haben, ohne den Mut und die Kraft zu einem neuen Anfang zu verlieren.

Nie wird so viel vom Frieden geredet und geschrieben, wie in diesen Tagen. Selbst die Kommunisten schließen sich hier nicht aus. Bei der „gesellschaftskritischen“ Betrachtung von Bild und Wirklichkeit vergessen sie nur, daß der Friede, den die Weihnachtsbotschaft verheißt, verbunden ist mit einem Lobesgesang Gottes und der Forderung an die Menschen, guten Willens zu sein.

Das aber heißt, daß der Friede nicht einfach die Abwesenheit des Krieges ist, sondern die Anwesenheit einer menschlichen Haltung, die ihn begründet. Friede ist vor allem — hier liegt die fatale Abhängigkeit der Völker von den Mächtigen — die Geltung des Rechtes und die Absage an die Gewalt. Zum Frieden gehört die Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Länder. Den Frieden verleugnet, wer fremde Anschauungen, Lebensformen und Staatsordnungen nicht gelten läßt, sondern ihre kämpferische Überwindung erstrebt.

Wenn wir die modernen Friedensapostel an diesen Grundsätzen messen, dann fällt die Unterscheidung leicht zwischen denen, die im Sinne der Botschaft „guten Willens“ sind, und den anderen, die sie propagandistisch mißbrauchen. Der Friede ist für sie weniger eine sittliche Forderung, als vielmehr das Ergebnis eines kühlen Kalküls, das die Gewaltanwendung deshalb verneint, weil ihre genau berechneten Chancen hinter ihrem sorgfältig erwogenen Risiko zurückbleiben. Jeder spürt, daß in dieser Rechnung zwischen Nutzen und Schaden eine Wahrheit verleugnet wird: das humane Gewissen.

Diese Wahrheit haßt zwar den Ausbruch der Gewalt, aber sie leugnet nicht natürliche Spannungen und den Kampf um ihre gerechte Lösung. Gerade wir Deutschen stehen heute im Mittelpunkt einer internationalen Spannung, die so geartet ist, daß sie an die Wurzeln unserer Existenz rührt. Um ihre Lösung muß selbstverständlich gekämpft werden: mit allen Waffen des Geistes, mit allen Mitteln des Rechtes, in allen Formen der moralischen Selbstbehauptung — mit unbedingter Absage an jede Gewalt.

Es ist nicht schwer vorauszusagen, daß wir als Deutsche einer Zeit entgegengehen, in der wir uns in dieser Haltung bewähren müssen. Diese Bewährungsprobe stellt uns die Geschichte selbst, und zwar mit dem doppelten Befehl, die Spaltung unseres Volkes durch seine

Wiedervereinigung zu überwinden und uns zugleich vor der kommunistischen Überfremdung zu bewahren. Wenn wir hier versagen, in der einen oder in der anderen Notwendigkeit, dann schänden wir den Sinn der deutschen Geschichte, der weder die Auseinander-Entwicklung in ewiger Spaltung, noch den Untergang in einer erbärmlichen „Gleichschaltung“ verträgt.

Es gibt deshalb heute keine größere Aufgabe, als uns aus diesen Spannungen und Gefahren mit den friedlichen Mitteln geistiger Selbstbehauptung und moralischen Widerstandes zu befreien. Und selbstverständlich auch mit den Mitteln einer klugen Politik! Dabei dürfen wir allerdings nicht vergessen, daß der deutsche Staatsmann, der das unerhört schwierige Problem zu lösen hat — ganz gleich wer er ist und wie er heißt —, eine Verantwortung nicht nur für die Gegenwart trägt. Er hat sich vielmehr, und das wiegt womöglich noch schwerer, auch vor der Zukunft unseres Volkes zu verantworten. Das, was für die kommende Generation einmal „Geschichte“ sein wird, von ihr gesegnet oder verflucht, das hat er heute zu gestalten. Wer in dieser Aufgabe nur der Gegenwart verhaftet ist — die ihn oft aus verständlicher Ungeduld zu den eben erreichbaren Lösungen drängt, ohne die Auswirkung auf die Zukunft zu bedenken —, der unternimmt ein flüchtiges Werk. Die einzige Minute einer in voreiligen Handlungen entladenen Ungeduld kostet oft Jahre eines schmerzlich-geduldigen Ringens um die Korrektur des begangenen Fehlers.

Wir haben deshalb allen Grund, in unsere guten Wünsche auch den verantwortlichen Staatsmann einzuschließen: daß er die Stunde weder unfertig vorwegnimmt, noch untätig versäumt, in der die deutsche Frage zu einer zugleich befreienden und befriedigenden Lösung reif ist. Er baut dann aus der Not der Gegenwart die Brücke in eine gesicherte Zukunft.

Innenpolitik im Mittelpunkt

Bonn. — Die Auseinandersetzungen über das neue Wahlgesetz, die voraussichtlich am 3. Januar bei einer Besprechung der Koalitionsparteien unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer einen neuen Höhepunkt finden werden, steuern auf die absolute Mehrheitswahl mit Stichentscheid zu.

Es scheint, daß 40 Prozent der Abgeordneten bei der Bundestagswahl im Jahr 1957 nach den Grundsätzen der Verhältniswahl und 60 Prozent nach der absoluten Mehrheitswahl mit Stichwahl gewählt werden.

Das wäre ein Kompromiß zwischen den Auffassungen der CDU/CSU, die für die relative Mehrheitswahl eintritt und den Forderungen der FDP, die sich für die Beibehaltung des Wahlgesetzes von 1953 — praktisch also der Verhältniswahl — einsetzt.

Zum Jahresanfang werden innenpolitische Fragen im Mittelpunkt der Bonner Politik stehen.

Hart zuschlagende Verteidigung

Verstärkte Feuerkraft der US-Armee in Europa

Heidelberg (AP/DPA). Die amerikanische Armee in Europa wird, wie aus einem Jahresrückblick des Hauptquartiers der US-Armee in Heidelberg hervorgeht, die Feuerkraft ihrer Verteidigungstruppen, besonders durch neue Panzerverbände, erheblich verstärken. Damit wird der neuen strategischen Konzeption der „hart zuschlagenden beweglichen Verteidigung“ Rechnung getragen, die die frühere Planung des Rückzugs westlich des Rheins abgelöst hat.

Nach Ansicht des Oberbefehlshabers, McAuliffe, seien seine Truppen seit der Demobilisierung nach Kriegsende im abgelaufenen Jahr erstmals in der Lage gewesen, jeden Fuß breit Boden zu verteidigen. Es habe sich gezeigt, daß auf Infanterie, Artillerie und Panzer nicht verzichtet werden könne.

Im abgelaufenen Jahr hätten die Angehörigen der US-Streitkräfte in Deutschland über 200 Mill. Dollar (rund 840 Mill. DM)

Pausenloses Bemühen um Einheit

Forderungen Kaisers an die deutsche Politik — Vier Punkte

Bonn (AP/DPA). In einer Rundfunksprache hat Bundesminister Jakob Kaiser festgestellt, daß es in der Wiedervereinigungspolitik keine Pause gibt. Im Gegenteil: die deutsche Politik könne nur ein pausenloses Bemühen um die Wiedervereinigung sein. Der Minister sagte, jeder von denen, die zur Jahreswende aus der Sowjetzone ins Bundesgebiet kommen, müsse erkennen, daß es keinen Deutschen gibt, der sich nicht der Unnatur unseres geteilten Vaterlandes bewußt ist.

Im Pressedienst der CDU/CSU betonte Kaiser, die Situation an der Jahreswende rücke vier Forderungen in den Vordergrund deutscher Politik:

1. Für das kommende Jahr werde sie sich stärker denn je darum bemühen müssen, der Verständigung der vier Mächte über die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit zu dienen.

2. Die deutsche Politik dürfe — unterstützt von allen Parteien — keinen Zweifel darüber lassen, daß sie das Pankower System und damit die deutsche Teilung niemals anerkennen wird.

3. Sie muß dafür sorgen, daß alle kommunistischen Infiltrationsversuche scheitern.

4. Der Wille des gesamten deutschen Volkes zu seiner friedlichen Wiedervereinigung müsse ebenso besonnen wie entschlossen zum Ausdruck kommen.

Wie entscheidend der Volkswille für das Geschehen um Deutschland ist, beweise das Geschehen um die Saar.

Der Minister richtete ein Grußwort zum Jahreswechsel an die Landsmannschaften und wies auf deren Verdienst hin, daß der Wille zur Einheit, zur Freiheit und zum Recht auf Heimat nicht das Verlangen einzelner sei, sondern vom ganzen Volke geteilt werde. Vor allem hob er die maßvolle und von jedem Nationalismus ferne Haltung der Heimatvertriebenen hervor.

Bundesvertriebenenminister Oberländer meinte, es wäre eine gefährliche Täuschung, die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen als vollendet anzusehen.

Diskussion um Papstbotschaft

Vatikan: Objektivität von besonderer Bedeutung

Washington (AP). Wie das Weiße Haus bekanntgab, haben Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles die Weihnachtsbotschaft des Papstes mit ihrer Forderung nach internationaler Abrüstung und Einstellung der Atomwaffenversuche erörtert. Einzelheiten über den Verlauf der Besprechung wurden nicht bekanntgegeben.

Wohl zum erstmalig begrüßte Radio Moskau eine Erklärung des Papstes. Der Sender lobte den Standpunkt, den der Papst in seiner Weihnachtsansprache zur Frage der Abrüstung und des Verbots der Atomwaffen eingenommen hatte und hob hervor, daß dieser Standpunkt gegenüber ähnlichen Ansprüchen

des Papstes zu früheren Gelegenheiten verschiedene neue Momente erhalte; der Vatikan habe bisher eine andere Auffassung vertreten.

Das amtliche Vatikanblatt „L'Osservatore Romano“ verglich die Weihnachtsbotschaft des Papstes mit der Botschaft, die Papst Benedikt XV. 1917 an die Führer der Welt gerichtet hatte. In dieser Botschaft hatte Papst Benedikt die Verantwortlichen der Welt aufgefordert, Friedensverhandlungen zu beginnen. Beide Botschaften, so schreibt das Vatikanblatt, seien ungewöhnliche Dokumente. Die Weihnachtsbotschaft des Papstes Pius sei überdies wegen ihrer Objektivität von besonderer Bedeutung.

Überschwemmung in den USA

Katastrophen-Notstand angeordnet

San Franzisko (AP). Die große Überschwemmung, die kurz vor Weihnachten über die drei amerikanischen Staaten Kalifornien, Oregon und Nevada hereingebrochen ist, hat Tausende von Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben.

In den frühen Morgenstunden mußte die etwa 8000 Einwohner zählende Stadt Yuba, 140 Kilometer nordöstlich von San Franzisko, geräumt werden, nachdem die Wassermassen des Feather-Flusses eine 40 Meter breite Bresche in die Dämme im Süden der Stadt gerissen hatten. Wenige Stunden zuvor hatten etwa 12 500 Menschen der am anderen Ufer liegenden Stadt Marysville fluchtartig ihre Heime verlassen, als die Deiche unter dem Druck des Hochwassers nachzugeben drohten. Weiter südlich wurde die Evakuierung von 3000 Bewoh-

nern der Stadt Stockton angeordnet. Rettungsmannschaften rissen mehrere Straßendämme auf, um ein Abfließen des Hochwassers zu ermöglichen.

Aus Kalifornien wurden siebzehn Tote und aus Oregon fünf gemeldet. Der Sachschaden in allen drei Staaten ist außerordentlich groß und läßt sich noch nicht überblicken. Präsident Eisenhower hat für das betroffene Gebiet den Katastrophen-Notstand ausgerufen, wodurch dem Gebiet unverzüglich Hilfe aus dem amerikanischen Bundeshaushalt zugewiesen werden kann.

„Ihr werdet wieder frei sein!“

Eisenhower-Botschaft an Osteuropa

New York (DPA). Präsident Eisenhower hat in einer Botschaft an die osteuropäischen Völker versichert, die Amerikaner seien der Überzeugung, daß die Osteuropäer eines Tages wieder „zu den freien Nationen der Welt“ gehören werden. „Ich möchte euch darauf hinweisen, daß sich das amerikanische Volk über die Prüfungen klar ist, unter denen ihr zu leiden habt. Es ist mit euch an der Wiederherstellung der Freiheit des Individuums und der politischen Freiheit interessiert und ist mit euch der Überzeugung, daß sich am Ende das Recht durchsetzt und euch wieder unter die freien Völker der Welt zurückbringt“, heißt es in der Botschaft.

Nehru besprach Deutschlandfrage

Neu Delhi (AP/DPA). Der indische Ministerpräsident Nehru hat, wie die Zeitung „Times of India“ berichtet, mit den sowjetischen Politikern Bulganin und Chruschtschow bei deren Anwesenheit in Neu Delhi eingehend auch die Deutschlandfrage besprochen. In einem Bericht hierüber habe Nehru erklärt, die Sowjetunion be-

fürchte, daß ein wiedervereinigtes Deutschland sich der NATO anschließen könnte. Sie würde aber möglicherweise durch die Garantie beruhigt werden, daß ein wiedervereinigtes Deutschland nach dem Vorbild Österreichs neutralisiert werden würde.

Wien (AP). In Polen ist ein neues Strafgesetzbuch ausgearbeitet worden, das sich eng an die sowjetische Strafgesetzgebung anlehnt. Die Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien haben sich bereits früher dem sowjetischen Vorbild angepaßt.

In Polen soll die Todesstrafe jetzt nur noch für sehr schwere Verbrechen ausgesprochen werden. Die lebenslängliche Haft wird ebenso wie in der UdSSR völlig abgeschafft und durch Freiheitsstrafen von 25 Jahren ersetzt. Neu ist ferner die geplante Einführung von „Besserungsarbeit in Freiheit“, die es dem Verurteilten gestattet, seine Strafe am gleichen Arbeitsplatz oder in einem anderen Werk zu verbüßen. Die Strafe besteht in einer gewissen Freiheitsbeschränkung und

Liebesgaben nach Polen

Stuttgart (DPA). Der Versand von Liebesgaben- und Geschenkpaketen nach Polen einschließlich der polnisch verwalteten deutschen Ostgebiete ist nach einer Mitteilung des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland wesentlich erleichtert worden. Den dort lebenden Deutschen, die Geschenkpakete aus dem Westen erwarten, ist empfohlen worden, wegen der zollfreien Einfuhr ein Gesuch an das Zentralzollamt in Warschau zu richten.

Soldatengesetz am 1. März?

Bonn (DPA). Der Bundestagsausschuß für Fragen der europäischen Sicherheit hat einstimmig einen Zeitplan gebilligt, nach dem das Soldatengesetz und die dafür notwendigen Grundgesetzänderungen in zweiter und dritter Lesung in der ersten Februarwoche vom Bundestag behandelt werden sollen.

Nach dem Zeitplan könnte der Bundesrat die Gesetze Ende Februar behandeln, so daß das Freiwilligengesetz statt zum 31. März bereits zum 1. März vom Soldatengesetz abgelöst werden kann.

Neues polnisches Strafrecht

Nach sowjetischem Muster

der Einbehaltung von 10 bis 25 Prozent des Lohnes.

Das besondere Charakteristikum des sowjetischen Strafrechts, die häufigen hohen Freiheitsstrafen für relativ geringe Vergehen, dürfte damit auch in Polen zur Praxis werden.

Kältester Arktis-Winter

London (DPA/AP). Englische Fischer, die aus arktischen Gewässern nach Hull zurückkehrten, berichteten, daß der diesjährige Winter in der Arktis der kälteste und stürmischste seit über 30 Jahren ist. Die Deckaufbauten der kleinen Fischerboote seien mit Eispanzern bis zu einem Meter Dicke überzogen gewesen. Die Fische seien sofort zu Eisblöcken erstarrt, sobald sie aus dem Wasser gezogen worden seien.

So sind sie wirklich:

Die Kunst, seine Feinde zu überleben

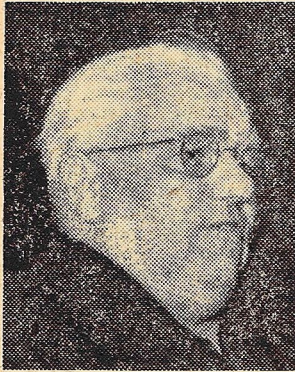
Der russische Satiriker Soschtschenko sagte einmal: „Es ist selten, daß ein Revolutionär 80 Jahre alt wird. Entweder er stirbt vorher an einem revolutionären Leiden, wird von seinen eigenen Freunden liquidiert oder aber er ist gar kein Revolutionär gewesen!“ Wilhelm Pieck, „Staatspräsident der DDR“, wird an diesem 3. Januar 80 Jahre alt. Die Zeitungen wühlen mit Mühe in seiner revolutionären Vergangenheit, deuten Notizbücher des Handwerksburschen Pieck als Grundkonzeptionen neuer Gesellschaftstheorien. Sogar Piecks unversöhnlicher Feind, sein ehemaliger Sekretär Walter Bartel, jahrelang in Vergessenheit lebend, schrieb dem „ollen, ehrlichen Seemann“ zum Jubelfest eine Biographie. Eine Biographie? Ein Märchenbuch für Jungpioniere...

Den Spitznamen „Der olle, ehrliche Seemann“ trägt Pieck nicht als Ehrentitel. Er war sehr ironisch gemeint, als ihn der später von Stalin ungebrauchte Altkommunist Radek gebrauchte. Karl Radek, in der Anfangsgeschichte der KPD Moskauer Verbindungsmann nach Berlin, war der erste, der Pieck völlig durchschaute: Hinter der Maske des harmlosen Biedermannes ein Intrigant und Karrierist, der seinen Feinden noch Dankadressen schrieb, als er sie bereits an ihre Henker verraten hatte...

Werkzeug der GPU

Pieck stammt aus Guben. Seine „revolutionäre“ Laufbahn ist bescheiden. Über Gewerkschaften und SPD stößt er im Weltkrieg aus rein persönlichen Gründen zur Liebknecht-Gruppe und zum Spartakusbund. Dezember 1918 gelangt er — unter Berufung auf eine angeblich hinter ihm stehende, tatsächlich aber nie existente Gewerkschaftsgruppe — ins Zentralkomitee der KPD vor. 1919 wird Pieck zusammen mit den Spartakusführern Liebknecht und Rosa Luxemburg von Rechtsrevolutionären verhaftet. Während seine Genossen grau-

WILHELM PIECK



sam ermordet wurden, gelang es Pieck zu entkommen. Erst viele Jahre später erbrachte ein Staatsprozeß den Beweis: Pieck hatte seine Freiheit und sein Leben mit dem Verrat aller Berliner Spartakisten erkaufte!

Das Zentralkomitee ordnete ein Parteiverfahren gegen Pieck an. Eine über Radek gegebene Weisung aus Moskau schlug das Verfahren nieder: Der Verrat der von der Parteilinie abweichenden Spartakisten wurde durch Moskau sanktioniert! Pieck hat sich der GPU, die damals ihre Hand über ihn hielt, erkenntlich gezeigt. In den 37 Jahren ununterbrochener Zugehörigkeit zum Zentralkomitee hat Pieck alle gegen Moskau opponierenden deutschen Kommunisten an die Sowjets ausgeliefert. Die von ihm verratene Rosa Luxemburg titulierte er später „die Syphilis der Komintern“. Ruth Fischer, Maslow, Scholem, Clara Zetkin, Remmele, Neumann, Eberle, Flieg — fast die gesamte intellektuelle Parteiführung fiel Pieck, dem „ollen, ehrlichen Seemann“, zum Opfer. Sein Haß gegen die Parteintelligenz grenzte an Schizophrenie: Krankhaftes Geltungsbedürfnis und ein aus geistiger Unterlegenheit herrührender Minderwertigkeitskomplex bestimmten

das Schicksal vieler von Pieck verfolgter Kommunisten.

Auf dem Altenteil

Eine persönliche Biographie Piecks zu schreiben, wäre schwer. Pieck blieb stets im Hintergrund. Seine Lebensgeschichte ist die Parteigeschichte der KPD. Eine Kette historischer Irrtümer, Intrigen und Cliquenkämpfe. Piecks „politische Taten“ sind Witzblätter der Parteihistorie. Er blieb eine Doppexistenz: Freundlich lächelnd und stets der Mehrheit zustimmend im Zentralkomitee, unberechenbar und gefährlich hinter den Kulissen als Werkzeug der sowjetischen Staatsicherheit.

1944 bestimmte Pieck, wer von den deutschen KP-Emigranten nach Deutschland zurückkehren darf. Viele blieben zurück, von denen man nie mehr etwas hörte. Andere — hohe Wehrmachtsgenerale — tauchten in Piecks Gefolge auf: Der künftige „Landesvater“ hatte den neuen Militarismus schon 1945 in die Zone importiert.

Die weiteren Stationen: Pieck als Parteichef, Pieck als „Einheitsvater“, Pieck als „Staatspräsident“. Der „böse Geist des Zentralkomitees“, wie ihn Radek einmal bezeichnete, wurde auf das politische Altenteil gesetzt. Nur einmal noch, nach Stalins Tod und der Berija-Krise, als man in Moskau in alten, längst vergessenen Akten wühlte, drohte Pankows „erstem Rentner“ Gefahr, Pieck — ein kranker Mann — verschwand in den Krim-Sanatorien, bis man ihn, um 60 Pfund abgemagert, wieder entließ. Die 60 Pfund hat er aufgeholt, und 80 Jahre ist er alt geworden. Seine Biographie ist — wie gesagt — nur interessant als Sittengeschichte der KPD. Aber sie sollte auch dazu dienen, jene Männer, die heute in der „DDR“ als „seriöse Staatsmänner“ regieren, mit dem Maß zu messen, das sie von Staatsmännern und Politikern unterscheidet.

Die „gefährlichen“ Pakete

Nach „Unschädlichmachung“ wieder in Richtung Westen

Noch während der Weihnachtsfeiertage wurden aus dem Ostberliner Postamt N 4 in drei verschlossenen Lastkraftwagen rund 6000 beschlagnahmte Geschenkpakete aus der Bundesrepublik abgeholt und zu einer Versandstelle der „Volkssolidarität“ gefahren. Bis Anfang Januar werden diese Pakete nun umgepackt, in neue Tüten und Kartons gefüllt und wieder — in die Bundesrepublik geschickt! Als Spendenpakete der „DDR-Bevölkerung“ an die „Friedenskämpfer in Westdeutschland“.

Die Gesamtzahl der diesmal von den Ostbehörden beschlagnahmten Weihnachtspakete aus dem Westen ist nicht bekannt. Nur die Methoden, die zur Beschlagnahme führten. So wurden beispielsweise Pakete eingezogen, deren Lebensmittel in Zellophanhüllen des IG-Farben-Werkes verpackt waren. Auf Grund der entsprechenden Aufschrift erklärten die Kontrolleure, es handle sich hier um „getarnte Bestechungsgaben des IG-Farben-Konzerns“! Obwohl man diese Tüten in jedem Westberliner Papierladen kaufen kann.

Unsichtbare Pistolen

Das Ostberliner Postamt N 4 ist die Hauptkontrollstelle für alle aus dem Westen eingehende Post. Während der vergangenen Wochen sind hier Tausende von Geschenkpaketen durchgegangen. Die Postangestellten waren in der Lage, sowohl die Kontrolleure als auch die geöffneten Pakete zu beobachten. Während dieser Wochen ist nicht ein einziger Vorfall bekanntgeworden, wo in einem Geschenkpaket eine Pistole, Munition oder ähnliche unpassende Gegenstände gefunden wurden. Die Ostpresse behauptet jedoch, es seien „dutzendweise Pistolen mit Mengen von scharfer Munition“ in Stollen eingebacken oder Konservendbüchsen eingelötet entdeckt worden. Wie ist das zu erklären?

Im Postamt N 4 hatten Kontrolleure einen Tisch aufgebaut, den sie mit ihrer Meinung nach „unpassenden Liebesgaben“ dekorierten. Darunter befanden sich zahlreiche Bücher und Spielzeug, das absolut nicht als anstößig bezeichnet werden konnte. Die „Unmengen militaristischen Spielzeugs“, die laut Ostpresse gefunden wurden, bestanden auf dem Amt N 4 in einem einzigen

Miniatur-Spielzeug-Jeep.

Angestellte des Paketkontrollamtes erklärten dazu, die diesjährigen Weihnachts-Schikanen der SED seien nicht als Maßstab für die künftige Behandlung von Geschenkpaketen zu werten. Der SED sei es diesmal lediglich darauf angekommen, aus Propagandagründen westdeutsche Liebesgaben von den

Ungewöhnlich starker Interzonenverkehr

Züge überfüllt — Durcheinander bei der Eisenbahn

Berlin (Eigenbericht). Der Feiertagsverkehr von und nach Berlin hat sich beträchtlich gesteigert, nachdem bereits in der vergangenen Woche täglich über 10 000 Reisende an den Zonengrenzübergängen sowie auf dem Flughafen Tempelhof zu verzeichnen waren.

Die Bundesbahn hatte im Einvernehmen mit der sowjetzonalen Eisenbahnverwaltung insgesamt 24 Interzonen-Zugpaare eingesetzt, um den starken Anforderungen gerecht zu werden.

Allein zwischen Westberlin und dem Bundesgebiet verkehren täglich elf Interzonenzüge, die ebenso wie die Züge zwischen der Zone und Westdeutschland über 150 Prozent besetzt waren. Insbesondere kam es auf den Bahnhöfen Magdeburg und Erfurt auf den zwischen der Zone und dem Bundesgebiet eingesetzten Zügen zu Zwischenfällen, da nicht alle Reisenden mitkommen konnten. Die Transportpolizei mußte die Züge teilweise sperren und vorzeitig von den Bahnsteigen wegrangieren lassen.

Infolge dieser sehr starken Belastung der auf längeren Abschnitten noch eingleisigen Strecken ist es zu erheblichen Verspätungen gekommen, die teilweise bis zu drei Stunden betragen. Auch die Interzonen-Postzüge sind durch die Stau-

bunten Tellern der Zonenbewohner fernzuhalten. Das Gerede von den „DDR-Friedensweihnachten“ und dem „Notstandsweihnachten in Westdeutschland“ sollte nicht durch sichtbare Demonstrationen, wie die Flut westlicher Geschenkpakete sie heraufbeschwor, geschmälert werden.

Trotzdem werden sich viele Zonenbewohner damit abfinden müssen, daß die für sie bestimmten Geschenkpakete nun den Weg zu westdeutschen Kommunisten nehmen. Einen Teil behält die „Volkssolidarität“ im Lande für ihre Mitarbeiter. Unklar ist übrigens auch, wo die „enormen Westgeldbeträge“ blieben, die angeblich in den Paketen gefunden wurden.

ungen längere Zeit zurückgehalten worden, so daß sich Verzögerungen in der Zustellung der Weihnachtspakete ergeben.

Schikanen gegen Reisende

Reisende aus der Zone berichteten, daß sie große Schwierigkeiten hatten, eine Reise genehmigung zu bekommen. Die Warenkontrolle am Sowjetzonen-Grenzbahnhof Wartha war äußerst scharf. Porzellan, Geflügel und andere Weihnachtsgeschenke für ihre Angehörigen in der Bundesrepublik wurden den Reisenden abgenommen. Sie mußten diese Dinge an eigens eingerichteten „Aufkaufstellen“ zu staatlich festgesetzten Preisen abgeben. Für eine Gans gab es 6 bis 8 Ostmark.

Auch auf den Interzonen-Autobahnen war Hochbetrieb. Am Westberliner Kontrollpunkt Dreilinden wurden in beiden Richtungen über 400 Personenautos gezählt. Der Verkehr der Fernlastzüge im Hinblick auf die Feiertagsruhe hat sichtlich nachgelassen.

Die Flugzeuge zwischen Berlin und den Flughäfen des Bundesgebietes waren schon seit Wochen vorbestellt, so daß jeder verfügbare Platz ausgenutzt wurde. Auf einigen Strecken verkehrten zusätzliche Flugzeuge, so daß in beiden Richtungen 35 Maschinen den Passagierflugdienst versahen.

„Comet III“ schlug Rekorde

Sie soll Erfahrungen sammeln für Serienbau

Montreal (AP/DPA). Das neue britische Düsenverkehrsflugzeug, die „Comet III“, hat aus ihrem bisherigen etappenweisen Flug um die Erde vier Geschwindigkeits-Weltrekorde für Verkehrsflugzeuge gebrochen. Sie ist die einzige Maschine ihres Typs und soll Erfahrungen für den Serienbau der „Comet IV“ sammeln.

Die „Comet III“ erlitt auf der letzten Etappe ihres rund 48 000 Kilometer langen Versuchsfluges um die Erde kurz nach dem Start Maschinenschaden und mußte nach Montreal zurückkehren. Die Maschine kreiste 40 Minuten lang über dem Flugplatz und warf in dieser Zeit den größten Teil ihres Treibstoffvorrates ab, da sie sonst beim Aufsetzen zu schwer gewesen wäre.

Ein Sprecher der de Havilland-Werke, der Hersteller-

firma der „Comet“-Flugzeuge, bestätigte, daß an einem der Düsentriebwerke ein Schaden aufgetreten ist. Dadurch verzögerte sich der Rückflug um einige Tage.

Politische Weihnachtsmänner

London (AP). Im Londoner Hyde-Park, dem berühmten Forum für Großbritanniens politische Schwärmer, schlug noch vor dem Fest ein Weihnachtsmann den Weihnachtsmann k.o. Der erste Weihnachtsmann trug ein Plakat auf dem Rücken, auf dem zu lesen stand: „Weihnachten ist die richtige Zeit, um der Kommunistischen Partei beizutreten.“ Der zweite Weihnachtsmann sprang aus einem vorüberfahrenden Lastkraftwagen, versetzte seinem Kollegen einen wohlgezielten Kinnhaken

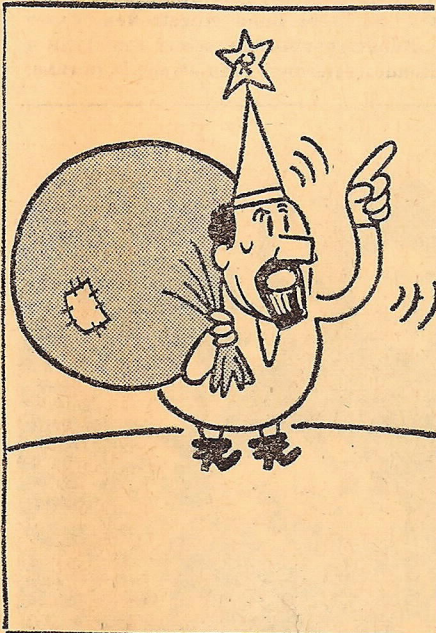
SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

und riß ihm Bart und Kapuze ab.

Ulbricht beschert

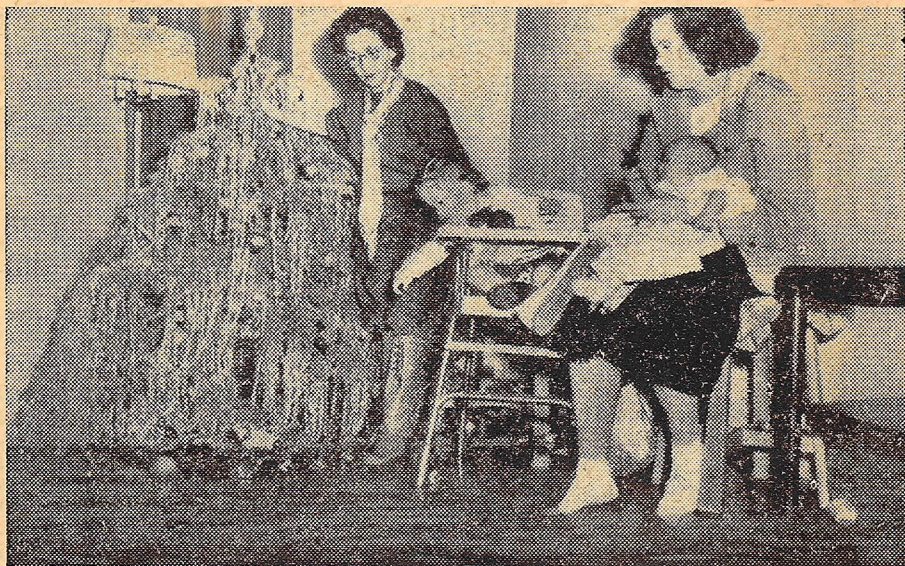


„Was drinnen ist, wollt ihr wissen? Ihr naseweises Schelmenpack — voll mit Agenten-Paketen ist der Sack...“

Regnerische Weihnachtszeit



„Mann, und ick hab vom Weihnachtsmann 'nen Schlitten jekriegt!“



BILDER DER WOCHE. Oben: Hochwasser im Weihnachtszimmer. Ein Schnappschuß aus dem Überschwemmungsgebiet in den USA. Unten: Sorin in Bonn eingetroffen. Unser Bild zeigt den sowjetischen Botschafter in der Bundesrepublik mit seiner Frau (Mitte) und dem stellvertretenden Protokollchef der Bundesregierung, Frau Pappritz (rechts).

